Beschluss
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung
vom 16.06.2026

- öffentlich -

- einstimmig angenommen -

Folgen der Kürzungen bei Deutschkursen – Sicherung des Spracherwerbs vor Ort durch das „Kommunale Programm Deutschspracherwerb“

Antragsteller: Taha Zarrouf

Die Stadtverwaltung wird gebeten

1. einen Fahrplan zur Sicherung des Spracherwerbs in Nürnberg zu erarbeiten, um die durch die Kürzungen des Bundes weggefallenen oder eingeschränkten Möglichkeiten des Deutscherwerbs zumindest übergangsweise auf kommunaler Ebene teilweise zu kompensieren.

2. dabei zu prüfen, inwiefern das vom Integrationsrat Nürnberg initiierte Projekt „Kommunales Programm Deutschspracherwerb (KPDe)“ kurzfristig an die neu entstandenen Bedürfnisse angepasst bzw. erweitert werden kann, um die entstehenden Schäden bei der Eingliederung und Teilhabe von Menschen abzufedern.

3. über den erarbeiteten Fahrplan in der Kommission für Integration zu berichten.

Begründung:

Die vom Bund beschlossenen Kürzungen beim Zugang zu Deutschkursen sind integrationspolitisch kontraproduktiv und gesellschaftlich kurzsichtig. Sprache ist die zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, berufliche Integration und demokratische Mitwirkung. Der Grundsatz *„Sprache ist der Schlüssel zur Integration“* wird durch die Kürzungen unterlaufen.

Besonders betroffen sind Menschen, die seit Jahren in Deutschland leben und aus rechtlichen oder humanitären Gründen nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können. Ihnen den Spracherwerb zu verwehren, bedeutet soziale Ausgrenzung statt Integration. Dadurch werden die kommunalen Bemühungen zur Eingliederung dieser Gruppen erheblich geschwächt.

Die Folgen dieser Entscheidung zeigen sich unmittelbar auf kommunaler Ebene: Fehlende Sprachkenntnisse führen zu höheren Sozialkosten, geringeren Beschäftigungschancen, sozialer Isolation und begünstigen die Entstehung von Parallelgesellschaften. Städte wie Nürnberg tragen die praktische Verantwortung für Integration, können diese Aufgabe ohne geeignete Instrumente jedoch kaum erfüllen.

Ganz konkret ist bereits jetzt ein Ausweichen in bzw. eine verstärkte Nachfrage nach niedrigschwelligen Deutschkursen feststellbar: Die bei der Geschäftsstelle des Integrationsrats eingegangenen Anträge für die Bezuschussung entsprechender Sprachfördermaßnahmen sind im Vergleich zu den Vorjahren derart angestiegen, dass 2026 voraussichtlich erstmals nicht mehr alle Maßnahmen in vollem Umfang gefördert werden können (vgl. auch den Beschluss „Antrag auf Erhöhung des Budgets für Deutsch-Sprachfördermaßnahmen“ im Hinblick auf den städtischen Haushalt 2027).

Der Rat für Integration hält es daher für dringend erforderlich, dass die Stadtverwaltung kurzfristig lokale Lösungen zur Sprachförderung entwickelt. Das Projekt *„Kommunales Programm Deutschspracherwerb“ (KPDe)* bietet hierfür eine geeignete Grundlage, um Übergangsmaßnahmen zu schaffen, bis eine verlässliche Bundesfinanzierung wieder gewährleistet ist.

Nürnberg, 16.06.2026

Der Vorsitzende	Schriftführerin
S. Mawlahi	Incesu-Asar
Sorush Mawlahi	Gülay Incesu-Asar